

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
der TüBus GmbH für das Geschäftsjahr 2012

Bezug:

Anlagen: 0

Beschlussantrag:

Die Geschäftsführung der Stadtwerke Tübingen GmbH (swt) wird durch den Oberbürgermeister beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der TüBus GmbH (TüBus) folgende Beschlüsse herbeizuführen:

Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat der TüBus wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr.	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
Bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand/Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Vermeidung von Interessenskonflikten bei der Entlastung des Aufsichtsrats der TüBus.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Nach dem Gesellschaftsvertrag der TüBus ist die Gesellschafterversammlung der TüBus für die Entlastung des Aufsichtsrats zuständig. Der Aufsichtsrat wiederum entlastet die Geschäftsführung.

Die TüBus GmbH ist eine 100%-Tochter der swt. In der Gesellschafterversammlung der TüBus werden die swt von ihrer Geschäftsführung vertreten. Hieraus kann sich ein Interessenskonflikt ergeben.

2. Sachstand

2.1 Information des Gemeinderats zu Jahresabschluss und Gewinnverwendung

Der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft INVRA Treuhand AG, Stuttgart geprüfte Jahresabschluss 2012 weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von ca. 67.100 € auf. Gemäß dem ab 01.01.2012 gültigen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag wurde der Fehlbetrag des Jahres per 31.12.2012 vollständig von der Gesellschafterin Stadtwerke Tübingen GmbH ausgeglichen. Der Abschlussprüfer hat einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

2.2 Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats der TüBus

Herr Wiebecke und Herr Dr. Kötzle sind sowohl zum Geschäftsführer der swt als auch zum Geschäftsführer der TüBus bestellt worden. Wie oben dargestellt könnte sich hieraus ein Interessenskonflikt bei der Entlastung ergeben. Deshalb soll aus Transparenzgründen ein Weisungsbeschluss für die Entlastung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung der TüBus von der Alleingeschafterin Universitätsstadt Tübingen eingeholt werden.

3. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, entsprechend dem Beschlussantrag abzustimmen.

Die Stadt kann so als Gesellschafterin einen möglichen Interessenskonflikt der Geschäftsführer vermeiden und diese von neutraler Seite zur Entlastung des Aufsichtsrats der TüBus GmbH autorisieren.

4. Lösungsvarianten

Der Gemeinderat fasst keinen Weisungsbeschluss und überlässt die Beschlussfassung über die Entlastungen der Gesellschafterversammlung bzw. dem Aufsichtsrat der TüBus GmbH. Diese Variante hebt den Interessenskonflikt nicht auf.

5. Finanzielle Auswirkung

keine

6. Anlagen

keine

